

Rezension: Ulrike Busch, Daphne Hahn (Hg.): Abtreibung: Diskurse und Tendenzen

Achtelik, Kirsten

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Achtelik, K. (2015). Rezension: Ulrike Busch, Daphne Hahn (Hg.): Abtreibung: Diskurse und Tendenzen. [Rezension des Buches *Abtreibung: Diskurse und Tendenzen*, hrsg. von U. Busch, & D. Hahn]. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 24(2), 162-165. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-457852>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Ost- und Westdeutschland vor der Wende, die durch „Westpakete“ aufrecht erhalten wurden, und familiäre Kinderbetreuung durch Großväter nach der Wende. Thelen argumentiert, dass familiäre Sorgepraktiken und Verwandtschaftsbindungen durch politische Einflussnahme strukturiert werden. Sie erläutert beispielsweise, dass staatliche Kampagnen in der BRD darauf abzielten, die materielle Unterstützung von in der DDR lebenden Familienmitgliedern zu fördern, um emotionale Verbundenheit herzustellen und die Idee eines geeinten Deutschlands zu stärken. Die so geschaffenen Beziehungen waren jedoch keineswegs konfliktfrei, sondern brachten ambivalente Gefühle auf beiden Seiten mit sich. Drei weitere Kapitel betrachten Sorgepraktiken im öffentlichen Bereich: am Arbeitsplatz, in der betrieblichen Seniorenbetreuung und in einem gemeinnützigen Verein. Auch hier verweist Thelen darauf, dass Care-Beziehungen häufig quer zu den sozialwissenschaftlichen Analysekategorien liegen. Anhand ihrer Interviews beschreibt sie beispielsweise, auf welche Weise im DDR-Sozialismus bedeutsame Bindungen am Arbeitsplatz geschaffen wurden, die eine gegenseitige emotionale und materielle Unterstützung zwischen Kolleg_innen und auch zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiter_innen ermöglichten. Dafür waren gewachsene normative und strukturelle Bedingungen notwendig, die im Rahmen von ökonomischen Umstrukturierungen nach der Wende wegfielen. Das Buch stellt historische und gegenwärtige Praktiken und Strukturen von Sorge/Care dar und zeigt, wie diese die Dichotomie von Öffentlich und Privat unterlaufen: Care in Familien wird durch staatliche Regulation gerahmt, während Beziehungen am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Verein durch Praktiken der Sorge und Zuwendung (mit)geprägt sein können. Leider wird die Lesbarkeit dieser inhaltlich spannenden Studie durch Schreib- und Satzbaufehler stellenweise stark erschwert. Ein Lektorat hätte dem Buch gutgetan.

Tatjana Thelen, 2014: Care/Sorge. Konstruktion, Reproduktion und Auflösung bedeutsamer Bindungen. Bielefeld: transcript. 298 S., ISBN 978-3-8376-2562-2.

Ulrike Busch, Daphne Hahn (Hg.)

Abtreibung. Diskurse und Tendenzen

KIRSTEN ACHELNIK

Die aktuelle deutsche Abtreibungsgesetzgebung wird in diesem Jahr 20 Jahre alt. Nach der Gesetzesreform, die wegen des Beitritts der DDR zur BRD nötig geworden war, blieb es lange still um das Thema. Für die Frauen im Westen war mit der

Fristenregelung einiges einfacher geworden. Die Frauen im Osten hatten zwar gegen eine Pflicht, sich vor einem Abbruch beraten zu lassen, gekämpft, nach dem Inkrafttreten dieser Regelung hatten sie jedoch andere, ökonomischere Probleme. Diskussionen um Schwangerschaftsabbrüche fanden lange nur noch in professionalisierten Fachkreisen oder im privaten Umfeld statt, wenn eine Entscheidung anstand. Selbst vielen Feministinnen war die Problematik nicht mehr bewusst. Erst am Ende der Nuller-Jahre tauchte das Thema wieder auf: Proteste gegen Märsche von sog. Lebensschützern und die Verschärfung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes 2010 brachten alte und neue Konflikte an die Oberfläche. Die publizistische Aktivität dazu lag allerdings weiterhin nahezu brach. Der von *Ulrike Busch* und *Daphne Hahn* herausgegebene Sammelband will zum einen diese Lücke schließen und sich zum anderen als Standardwerk zu dem Thema anbieten.

Das Buch ist in drei Schwerpunkte unterteilt. Der erste Teil ist mit „Diskurse, Kontexte und Zeitbezüge“ überschrieben, im zweiten Teil beschäftigen sich die Autor_innen mit den ethischen und juristischen Dimensionen des Themas und im dritten Teil werden verschiedene Perspektiven relevanter Akteure näher betrachtet. Die Beiträge beleuchten das Thema aus soziologischer, politikwissenschaftlicher, ethischer, sozialpädagogischer, juristischer und historischer Perspektive. Einzelne Beiträge befassen sich auch mit internationalen Aspekten, größtenteils richtet sich der Blick jedoch auf die Verhältnisse in Deutschland. Damit deckt der Sammelband ein weites Spektrum an möglichen Zugängen zum Thema ab.

Abtreibung ist in Deutschland immer noch rechtswidrig, nach einer Beratung bleibt sie aber innerhalb der ersten 12 Wochen einer Schwangerschaft straffrei. Diese Konstruktion soll dafür sorgen, dass die „grundsätzliche Gebärpflicht“ nicht gegen die Frau, sondern mit ihr durchgesetzt wird. In die damit verbundenen komplizierten Rechtskonstruktionen und moralischen Implikationen sowie in die daraus folgenden komplexen Beratungsregelungen geben mehrere Texte Einblick. Dabei sind besonders die Artikel interessant, die konkrete Reflektionen verschiedener Berufsgruppen beinhalten wie jener von *Jutta Franz* zur Beratungsregelung oder von *Christine Czyan* und *Ines Thonke* zum ärztlichen Handeln.

Die Herausgeberinnen sowie die meisten Autor_innen nehmen eine „vom Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung“ (7) ausgehende Perspektive ein, stehen also auf einem klaren „pro choice“-Standpunkt. Dies entspricht auch der engen Verbindung zum Familienplanungs- und Beratungsverband Pro Familia: Die Herausgeberinnen sind dort in Vorstandsfunktionen tätig, die Stiftung des Bundesverbandes hat das Buch finanziell gefördert.

In der Einleitung wird der Sammelband als „Debattenbuch“ (10) bezeichnet. Dies ist er allerdings nur bedingt: Gemeint ist hier nicht, dass Beiträgen verschiedener Richtungen Raum gegeben wird, ihre Argumente zu entfalten. Vielmehr will das Buch aus einer bestimmten, eben einer menschenrechtlichen und Selbstbestimmungsperspektive in die Debatte intervenieren. Schwangerschaftsabbrüche in diesem Fokus zu sehen, bedeutet, das Recht von Frauen auf Gesundheit, Würde,

Wissen, auf Achtung ihres Privatlebens sowie ihre Persönlichkeitsrechte zu betonen. Wenn ein von einer Schwangeren gewünschter Abbruch aus strafrechtlichen, religiösen oder ethischen Gründen nicht möglich ist oder auch nur ihre Entscheidung in Frage gestellt wird, stellt dies demnach eine Diskriminierung im rechtlichen Sinne dar.

Es ist legitim, in der neu entflammten Debatte um Abtreibung Pflöcke im Interesse einer gewissen Strömung einschlagen zu wollen. Dass mit dieser Stoßrichtung bestimmte feministische Strömungen ignoriert bzw. diskreditiert werden, ist für Außenstehende allerdings nicht einfach zu erkennen. Wenngleich Busch in ihrem Beitrag betont, dass es „(v)or allem (...) wichtig (ist), die dem Thema inhärenten Spannungen anzunehmen, statt sie zu verdrängen“ (32), wird dieser Anspruch nicht eingelöst. Die Frage, „warum zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Ansätze und Menschenbilder in der Forschung auftauchten und favorisiert wurden, während andere Fragen und Perspektiven keine Beachtung fanden“ (64), die *Cornelia Helfferich* wissenschaftsgeschichtlich in Bezug auf verschiedenen Studien zu Schwangerschaftsabbrüchen stellt, lässt sich so ebenfalls auf den Sammelband selbst anwenden.

In den aktuellen feministischen Mobilisierungen gegen „Lebensschützer“ beschäftigen sich junge Feminist_innen oft erstmals wieder mit dem Thema Abtreibung. Auch mehrere Beiträge des Bandes warnen vor den Gefahren einer zunehmenden „Retraditionalisierung“ und „Moralisierung“ von Abbruchsentscheidungen (13). Daher ist es umso bedauerlicher, dass dieses Phänomen keinen systematischen Eingang in das Buch gefunden hat.

Das sicher am kontroversesten diskutierte Thema in diesen Protesten ist das Problem der selektiven Abtreibungen nach pränataler Diagnostik (PND). Während die Ausweitung von PND von vielen Feministinnen als Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten von Schwangeren verstanden wird, kritisieren andere die damit verbundene Verantwortungsübertragung an Schwangere für die ‚Qualität‘ ihres Nachwuchses, eine von der einzelnen Frau nicht zu überblickende ‚Entscheidungs-spirale‘ bei auffälligen Befunden sowie eine Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen als ‚vermeidbar‘. In diesem Kontext werden auch Debatten um die Sinnhaftigkeit des Selbstbestimmungs-Begriffes und um eine differenzierte, über Liberalisierungsvorstellungen hinausgehende Verwendung desselben geführt. Diese Problematik und feministische Perspektiven, die die Wichtigkeit gerade solcher Diskurse immer wieder betonen, werden zwar in einzelnen Beiträgen erwähnt, jedoch immer nur in Abgrenzung. Deutlich wird, dass es für die Herausgeberinnen und Autor_innen eben nicht zum Kern der Diskurse gehört, sondern wie *Katja Krolzik-Matthei* schreibt, eine Verlagerung von „Konfrontation und Engagement nach innen“ (112) darstellt, die vermieden werden sollte.

Andere Rezensionen zu diesem Buch sind bisher positiv bis überschwänglich begeistert ausgefallen. Es wird mit Attributen wie „fundiert“, „gründlich“ oder „umfassend“ gelobt. Leider zu Unrecht: Es ist zwar richtig, dass das Thema Abtreibung

wissenschaftlich, politisch und publizistisch lange vernachlässigt wurde. Dieser Sammelband taugt allerdings nicht zum neuen Standardwerk.

Ulrike Busch, Daphne, Hahn (Hg.), 2014: Abtreibung. Diskurse und Tendenzen. Bielefeld: transcript. 330 S., ISBN 978-3-8376-2602-5.

Marion Kamphans

Zwischen Überzeugung und Legitimation. Gender Mainstreaming in Hochschule und Wissenschaft

HEIKE KAHLERT

Gut 15 Jahre ist es her, seit Gender Mainstreaming mit In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrags zum 1. Mai 1999 für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich und zur Grundlage der Gleichstellungspolitik der EU wurde. Inzwischen liegt eine unüberschaubare Flut an Publikationen zu Gender Mainstreaming vor. Untersuchungen zur Umsetzung in der politischen und/oder organisationalen Praxis sind jedoch rar. Dies gilt insbesondere für Hochschule und Forschung, die als Teil des öffentlichen Sektors zwar zu Gender Mainstreaming verpflichtet sind, sich aber angesichts der ihnen zugrunde liegenden meritokratischen Leitidee zögerlich gegenüber der Umsetzung jeglicher Gleichstellungspolitik zeigen.

Marion Kamphans legt mit ihrer Dissertation eine empirische Untersuchung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Forschungseinrichtungen vor. Ziel ist, „Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Hochschulakteurinnen und -akteure sich zu dem Gender Mainstreaming-Konzept positionieren, wie sie es bewerten, ob und inwiefern sie es in ihren Arbeitsbereichen in Hochschule und Wissenschaft umsetzen und inwieweit dies mit ihrer Positionierung in der Hochschulhierarchie zusammenhängt“ (22). Von Interesse sei auch, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Ausprägungen von Geschlechter-Wissen und der Implementierung von Gender Mainstreaming/Gleichstellung zu beschreiben. Als Analysefokus wählt die Verfasserin eine akteurszentrierte Perspektive, um den Blick auf den subjektiven Sinn zu weiten und die Wahrnehmung und das Handeln von Akteurinnen und Akteuren zu untersuchen. Die Studie ist in acht Kapitel gegliedert, einschließlich Einleitung (Kapitel 1) und Resümee mit Ausblick (Kapitel 8). Die Darstellung des Gender-Mainstreaming-Konzepts verdeutlicht, wie anspruchsvoll dessen Umsetzung in Forschung, Lehre und (Selbst-) Verwaltung ist (Kapitel 2). Danach wird der Forschungsstand zur Implementierung in Hochschule und Wissenschaft erörtert (Kapitel 3). Im Anschluss wird der mehr-